Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Fernsprecher Nr. 58. **Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich** Fernsprecher Nr. 58.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. • Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten in's Haus gebracht Mk. 5.00.

Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.

Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Köln 41800.

Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9gespaltene Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4gespaltene Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 284. | Redaktion: Jos. Grunau. | Montag, 6. September 1920. (Magnus) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. | 47. Jahrgang.

Her mit der christlichen Internationale!

Man schreibt uns aus Akademikerkreisen: Der Krieg hat das Völkerleben aus den Angeln gehoben. Das wertvollste Kulturzentrum der Welt befindet sich in einem Stadium der Auflösung: Europa zerfleischt sich noch immer im Kriegszustande. Seine politische Entwickelung wird von einem Kräftezentrum bestimmt, das während des Weltringens rings um die Festung Deutschland den alten Geist der Gleichberechtigung und des freien Zusammenwirkens der Nationen verdrängte. Es herrscht der Belagerungszustand, den eine Staatengruppe auf Grund der Kriegsverhältnisse erklären konnte. Sie denkt um so weniger daran, ihn abzubauen und durch einen neuen Geist zu ersetzen, als ein unerwarteter Sieg ihr „Ansehen in der Welt" ins Ungemessene steigerte. Und heute setzt sich das Werden Europas nicht mehr aus den von allen seinen Gliedern zusammengetragenen Bausteinen zusammen, sondern beult sich einseitig in Richtung des von der machthabenden Stelle Gewollten aus. Europa leidet an einem psychologischen Krankheitszustand, der sich aus der Diktatur der militärischen Mächte, der willenlosen Ohnmacht ehemals bedeutsamer Staaten und dem passiven Verhalten der Neutralen ergibt. Versailles hat eine Atmosphäre der Gesinnung geschaffen, die sich zu einer Gefahr für alle Teile auswächst. Die Sieger sind der Lockung, alles nach Willkür umzuwerfen, gefolgt. Sie haben der allzu menschlichen Versuchung, die Gelegenheit zur Verwirklichung ihrer eigensüchtigsten Wünsche zu nutzen, nicht widerstehen können. So wurde Versailles ein Unrecht. Und weil Hunderttausende drüben für den Frieden geblutet haben sollen, ist es auch eine Frage des nationalen Ansehens und der Existenz für die Verantwortlichen geworden.

Soll dieser Zustand andauern? Sollen Europas Gesamtinteresse und die Interessen seiner Staaten leiden, weil ein großes politisches Unrecht für einige „Männer der Geschichte" zur Renommeefrage geworden ist? Alle Hoffnungen auf eine Staatenaktion scheinen vorderhand aussichtslos. Wer auf Rätерußland hofft, vergißt, daß es eine Parteifläche ist, die, zur Herrschaft gelangt, Europa nicht heilen, sondern noch mehr zerschlagen wird. Deutschland zwischen Imperialismus und Bolschewismus eingepfercht, hat ohne Zweifel die beste Europagesinnung. Aber es ist auf Jahre hinaus aktionsunfähig. England hätte die Macht, aber ihm fehlt die Gesinnung des neuen Europas. Von Frankreich ganz zu schweigen. Italien, das trotz des Sieges Deutschland am nächsten steht, ist materiell an Versailles genügend interessiert, um nicht abzuspringen.

Scheiden also die Staaten aus, so bleiben die ungebundenen politischen Kräfte. Parteien, die genügend Spannung haben, ihre Ziele über die nationalen Engen in die Weiten über nationaler Politik zu stecken.

Das war zunächst der Sozialismus. Ihm ist es gelungen, durch Internationalisierung der Hoffnungen und Wünsche einer bestimmten Klasse, Massen auf Weltbahnen zu bringen. Aber seine Internationalität ist aus der Feindschaft gegen den Staat entstanden. Er will die Staatsgesinnung des einzelnen vernichten, um ihm die Weltgesinnung zu geben. Und diese wiederum ist im sozialistischen Sinne der Geist der Klasse. Bei dieser materialistischen und engen Einstellung mußte der Sozialismus zwar Erfolge in der mechanischen Aneinanderreihung von Massen erreichen, aber für eine Gesinnungsreform endgültig ausscheiden. Er kann, wie das russische Experiment beweist, nicht aus den alten Maßstäben herausführen. Seine Art, den Frieden zu verteidigen, ist nur deshalb nicht völlig zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, weil er durch seine Anhänger Einfluß auf die mechanischen Mittel der Kulturwelt hat. Wo der Sozialismus aber aktiv einen bestimmten Zustand durch Pflanzung und Pflege der Gesinnung zu erhalten hat, versagte er, weil er über den Instinkten die Erziehung vernachlässigt.

Und das Christentum? Es ist Religion, die auf strenger Selbsterziehung beruht und nicht willkürlich Zusammenhänge zerreißt, um sich das Aufbauen leicht zu machen, vielmehr den einzelnen erst durch Bereitung seines Geistes in den Bau der Allgemeinheit einfügt. Ist es nicht verwunderlich, daß eine solche Weltanschauung religiös zur höchsten Entwickelung gelangt, auf dem politischen Feld aber gänzlich untätig geblieben ist? Ja und Nein! Jedenfalls hat die organische Erfassung der Dinge einen durchdachteren und weiteren Weg von der Theorie zur Praxis, als die mechanische. Sie muß sich innerlich auseinandersetzen, ehe sie aus sich heraustritt.

Die christliche Politik entspricht in allen Kulturländern durchaus nicht den Möglichkeiten. Nehmen wir Deutschland, wo sie eine kräftige Vertretung hat. Haben wir ein bis ins kleinste ausgearbeitetes christliches Staatsideal, das in Schlagwortprägung allen Tag für Tag eingehämmert wird? Wir begnügen uns, im gegebenen Falle an Hand der Notwendigkeiten die Forderungen des Christentums herauszustellen. Aber wir brauchen eine grundsätzliche Uebersetzung unserer Grundsätze aus dem Religiösen ins Politische. Starke Parteien von christlicher Tendenz bestehen in Holland, Italien, Oesterreich-Ungarn, Spanien. Sie sind in anderen Ländern möglich, sobald Rückhalt und Stütze von außen kommt.

Der internationale Zusammenschluß der christlichen Parteien aller Länder fußt auf der Anerkennung der nationalen Grundlagen des Völkerlebens. Ebenso wie die christliche Gemeinschaftslehre auf der Anerkennung des Individuums beruht. Die heutige Wirtschaftsentwicklung nähert sich faktisch dem christlichen Bilde, das einen Mittelweg zwischen Individualismus und Sozialismus bedeutet. Das ist das untrüglichste Zeichen, daß die christliche Anschauung auf dem rechten Wege ist. Aus dieser Erkenntnis erwächst die Pflicht, die Kräfte auch in der weltpolitischen Richtung zu entfalten. Sie wird dringend angesichts der Not der Zeit. Von Italien ging die Anregung aus, Ernst zu machen mit der politischen Internationale aller Christen. Sie hat freudigen Widerhall in Deutschland, Oesterreich, Ungarn, der Schweiz und Holland gefunden. Die interparlamentarische Gruppe der führenden christlichen Politiker ist im Entstehen begriffen. Ein vorbereitender Ausschuß für den Zusammenschluß aller christlichen Parteien ist nächste Notwendigkeit. Sollen wir den günstigen Augenblick versäumen? Der Probleme und Aufgaben sind genug zu lösen. Erweckung der christlichen Staatsgesinnung in allen Ländern, Schaffung eines großen politischen Programms, Abbau des Völkerhasses, Revision des unchristlichen Versailler Friedens. Dazu sind notwendig recht baldiger Zusammenschluß, ständige Organisation in einem internationalen Büro und regelmäßigen Konferenzen. Her mit der christlichen Internationale!

Deutschland und Rußland.

cpc. **Berlin**, 2. Sept. Der deutsche Außenminister Dr. Simons hat in der Mittwochsitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten die sehnlichst erwartete Gelegenheit genommen, in eingehender Weise über die Fragen der auswärtigen Politik die notwendigen Aufklärungen zu geben. Der Kernpunkt seiner Ausführungen bestand in einem Ueberblick über die deutsche Neutralitätspolitik, an der auch weiterhin in aller Entschiedenheit und trotz mannigfacher gegenteiligen Versuche, an denen es, wie wir aus dem Munde des Ministers selbst erfahren haben, weder jetzt noch gefehlt hat, festgehalten werden wird und muß. Besonders wichtig aber sind auch die Erklärungen des Außenministers bezüglich bestimmter Fragen, die Deutschland und Rußland betreffen. Besonders die Presse der ehemals feindlichen Länder nämlich ließ es sich in letzter Zeit angelegen sein, ihre eigenen Volksgenossen und auch andere glauben zu machen, Deutschland habe mit der Sowjetregierung einen Geheimvertrag abgeschlossen. Dieses Märchen wurde in allen Tonarten immer von neuem wieder aufgetischt und kommentiert. Nun hat endlich der deutsche Außenminister solche Behauptungen mit der notwendigen und dankenswerten Entschiedenheit ein für allemal ins Reich der Fabel verwiesen und betont, wir hätten lediglich den Russen und Polen mit dem Herannahmen des Krieges an die deutschen Grenzen Vorschläge wegen der Seuchenbekämpfung und wegen der Regelung zu erwartender Grenzschwierigkeiten gemacht. Die Verhandlungen über den letztgenannten Punkt seien abgelehnt worden, über den ersten seien sie noch im Gange. Es steht also nunmehr, so darf man wohl annehmen, zu erwarten, daß die ausländische Presse davon Notiz nimmt und es endlich unterläßt, dem deutschen Reich solche Schauermärchen anzudichten, die mit einer bestimmten Tendenz darauf ausgehen, uns der Neutralitätsverletzung zu verdächtigen und uns Sympathien zuzuschreiben, die wir nicht besitzen. Denn wenn auch darüber bei uns sicherlich keine Meinungsverschiedenheit herrschen dürfte, daß wir alle überzeugt sind, wie notwendig, nützlich und darum auch erwünscht die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland ist, weil beide Länderkomplexe von Natur aus aufeinander angewiesen sind, so weiß doch jeder einzelne von uns ebenso gut, daß dieser Wunsch nach wirtschaftlichem Warenaustausch niemals dazu führen könnte noch dürfte, daß der eine oder der andere Staat daraus die Berechtigung herleitet, sich in die inneren politischen Angelegenheiten des einen oder des anderen einzumischen. Ist es gewiß, daß die Sowjetregierung die Macht de facto in der Hand hat und daß sie als Staatsautorität in Rußland gilt und anerkannt wird, dann dürfte — so sind wir überzeugt — kein Grund für uns bestehen, dieses Staatsgebilde an sich nicht anzuerkennen, sofern sonst keine Schwierigkeiten vorhanden sind, wie sie im Augenblick allerdings noch in der ungesühnten Mordtat am Gesandten Mirbach zwischen Rußland und Deutschland bestehen. Auf der anderen Seite aber kann und darf es Deutschland nimmer zulassen, daß das bolschewistische Rußland etwa zugleich mit dem Wunsch der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen politische Ziele verfolgte, die darauf hinausgingen, Deutschland zu bolschewisieren. Auch wir wünschen mit der gleichen Schärfe wie andere keine Einmischung in die vom weitaus größten Teil des deutschen Volkes erwählte Staatsverfassung, Staatsform und Staatsverwaltung. Wenn also Herr Däumig von der U. S. P. D. auf der Reichskonferenz dieser Partei bei seinem Plaidoyer für den Anschluß an die 3. Internationale gesagt haben will, daß er für diesen Anschluß spreche, weil Deutschland und Rußland mehr denn je durch die augenblickliche Weltlage aufeinander angewiesen seien, so ist nur soviel daran richtig, daß man zugeben muß, daß russische und deutsche Wirtschaft nur zu ihrem Nutzen in friedlichem Austausch stehen würden. Hierbei an eine Annäherung der Staatsformen beider Länder zu denken, bleibt dem parteipolitischen Wunsche des Herrn Däumig überlassen. Das deutsche Volk fast in seiner Gesamtheit will davon nichts wissen, weil es erkannt hat, daß, was sich für Rußland schicken mag, auf Deutschlands Verhältnisse nie und nimmer paßt und darum auch auf Deutschland nicht angewandt werden kann. Das hat, spät aber doch, nunmehr auch der rechte Flügel der U. S. P. D. unter Föhmung von Crispien wohl oder übel eingesehen, nachdem sie die Moskauer Herren in ihrer ganzen Diktatorengröße oder, wie Crispien zu sagen pflegt, in ihrer Vorgengröße kennengelernt haben. Rußland aber hat auch jetzt noch nicht den Plan der Bolschewisierung der Welt aufgegeben. Dies beweisen nicht nur die Vorgänge während der Besetzung des Polnischen Korridors, die, weil sie noch nicht genügend bekannt sind, auch noch nicht die rechte Würdigung finden. Beispielsweise hielten in Straßburg, im ehemaligen Westpreußen, die bolschewistischen Soldaten große kommunistische Reden und machten den dortigen Einwohnern verständlich sie würden, wenn sie sich an Rußland anschlüssen, eine Altersversicherung erhalten. In Soldau trat zwar nach der Flucht der polnischen Behörden die alte deutsche Selbstverwaltung wieder in Kraft, aber es dauerte nicht lange, so kamen von Neidenburg her zwei kommunistische Agitatoren, die in kürzester Zeit die bürgerliche Verwaltung stürzten und die kommunistische Herrschaft in Soldau einrichteten. Und ebenso liest man jetzt, daß die Sowjetregierung in einem Funkspruch „An Alle!" erklärt hat, die proletarische Einmischung sei die größte Errungenschaft des revolutionären Kampfes und ein Unterpfand des russischen Sieges. Für diese Einmischung seien sie, die Bolschewisten, immer gewesen, für diese Einmischung würden sie auch jetzt kämpfen. Solange diese Anschauung bei der Sowjetregierung ausschlaggebend für ihre Handlungen ist, wird es schwer sein, mit ihr in einen gewissen Einklang zu kommen.

KFD. **Frauenarbeit in der Gemeinde.**

Lange ehe in den Revolutionstagen des Herbstes 1918 den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zufiel, hatten sich schon manche Frauenkreise um dieses Recht bemüht. Und andere, denen diese Forderungen zu weit gingen, — es war wohl damals die Mehrzahl — hielten wenigstens die Erteilung des kommunalen Wahlrechts an die Frauen für zweckmäßig. Nun, da wir beide Befugnisse zu gleicher Zeit bekommen haben, scheint es, als ob wir auf die Mitarbeit in der Gemeinde nicht allzu großen Wert legten. Welche Erregung beherrscht die Frauen, wenn es vor und bei den Wahlen sich darum handelt, Geschlechtsgenossinnen in den Reichstag oder in die Vertretervertammlungen der Länder zu bringen! Welchen Unmut empfinden wir, wenn die Zahl der Gewählten kleiner ist, als wir wünschten! Viel weniger groß ist dagegen unser Eifer, wenn Städte und Landgemeinden ihre Vertreter wählen. Das ist jedoch ein großes Unrecht, eine schwer verständliche Kurzsichtigkeit. Gewiß ist in den Reichs- und Landtagen die Hilfe der Frau namentlich bei der sozialen Gesetzgebung nicht mehr zu entbehren, und wir müssen sorgen, daß dort der Frauneneinfluß immer mehr verstärkt wird. Noch näher, meine ich, liegt aber der weiblichen Politikerin die Mitarbiet n den Gemeindeverwaltungen. Fürsorge für Kinder jeglichen Alters, Schutz für die Mütter, für Kranke und Arme, Pflege der Gesundheit, Schaffung zweckentsprechender Wohnungen, sind das nicht Aufgaben, zu deren Erfüllung die weibliche Natur sich besonders gedrängt fühlt? Sorgen und pflegen, Leben schaffen und erhalten ist Frauenarbeit, Frauendienst. Darum ist es unser aller Pflicht, daß Frauen in die Vertretungen der Gemeinden, der Kreise und der Provinzen gewählt werden. In der Stadt ist es ja schon vielfach geschehen. Wie aber sieht es auf dem Lande aus? Ich fürchte, es würde eine traurig kleine Zahl herauskommen, wenn man feststellte, wieviel Landfrauen in ihren Gemeinden Sitz und Stimme im Rate haben. Und doch ist ein segensreiches Wirken nur möglich, wenn auch auf dem Lande Frau und Mann zusammenarbeiten. Daß mangelndes Interesse der Grund sei für die Zurückhaltung der Frau, kann ich mir nicht denken, ich glaube eher, es fehlen der Frau, besonders der Landfrau die nötigen Kenntnisse, die Einsicht in die entsprechenden Gesetze und Verordnungen, und aus Furcht, unnütz dastehen zu müssen oder Fehler zu machen, hält man sich in unrichtiger Bescheidenheit zurück. Da heißt es für alle Frauen, sich weiter zu bilden durch das Lesen von Zeitungen und einschlägigen Büchern. Besonders wichtig aber ist es, an Kursen teilzunehmen, die von Frauenvereinen zum Zwecke politischer und volkswirtschaftlicher Schulung gehalten werden. Eine Reihe solcher Kurse veranstaltet im kommenden Winter auch der Katholische Frauenbund Deutschlands in den verschiedensten Teilen des Reiches, und es ist sehr wünschenswert, daß viele Frauen aus Stadt und Land diese Kurse besuchen, um dann ihrerseits die gewonnene Bildung weitergeben zu können. Wir müssen bald so weit sein, daß auch in den kleinen Städten und auf dem Lande Frauen, die mit den örtlichen Verhältnissen bekannt, ja verwachsen sind, in die Gemeindeverwaltungen gewählt werden, damit sie dort am Wohle ihrer Heimat mitarbeiten, um namentlich für die Zukunft der heranwachsenden Generation die Lebensbedingungen zu schaffen. Wir brauchen Köpfe, wir brauchen Hände, wir brauchen vor allem die Opferkraft, die Herzenswärme jeder deutschen Frau.

Dr. Helma Riesenstahl.

S.C. **Staatslose Seelen.**

Jeder Mensch ist zum Bürger geboren. Ehe er zum Nachdenken über Staat und Gemeinde erwacht, genießt er schon jeden Augenblick die Wohltaten seiner Volksfamilie. Unnatürlich, unsittlich ist es daher, wenn der Bürger sich selbstsüchtig von seiner staatlichen Lebensgemeinschaft abschließt. Mag er, was nicht zu entschuldigen ist, sich vom politischen Getriebe der staatlichen Geschäftsführung ohne größere Gefahr für das Ganze immerhin noch abschließen können, solange die Mehrheit der Mitbürger da ihre Pflicht tut; großen Schaden bringt es in jedem Falle, wo diese Abschließung darin besteht, daß er seine stille, alltägliche Bürgerpflicht im Volksfamilienleben nicht tut, ja bricht, indem er den Staat, das heißt das Gemeinschaftsleben seiner Mitbürger selbstsüchtig ausnutzt. Das geschieht, indem er gegen Treu und Glauben im Handel und Wandel sich vergeht. Ungerechtigkeiten gegen die einzelnen Mitbürger verübt, die Liebe verletzt, die Eintracht und den Frieden stört; indem er das Gemeinde- und Staatsgut schädigt, zerstört, sich aneignet, Steuern hinterzieht, in Geschäften mit Gemeinde und Staat diese übervorteilt, auf Staatskosten als Verschwender Armenunterstützung, als Arbeitsunlustiger, richtiger gesagt, als Faulenzer auf Kosten der Steuerzahler staatliche und gemeindliche Erwerbslosenunterstützung bezieht, seine Familie vernachlässigt und infolgedessen Weib und Kind der Armenpflege, der Fürsorgeerziehung, der Allgemeinheit zur Last fallen läßt. Staatszerstörend, darum eine Verletzung der Bürgerpflichten und unsittlich war es, daß so viele Arbeit- und Kapitalgeber die soziale Gerechtigkeit und Billigkeit verletzten; es war nicht bloß die Frucht boshafter Verhetzung, sondern es war das Aufbäumen des verletzten natürlichen, angeborenen sozialen und staatsbürgerlichen Gemeinschaftsgefühls, das die radikale, revolutionäre Gesinnung, den Klassenkampfhaß heraufbeschwor und den Staat sprengte, die Staatsgemeinschaftsgesinnung weithin zerstörte. Nicht minder wirkte zerstörend auf die Staatsbürgergesinnung das Kriegsgewinn- und Kriegswuchertreiben, das in Stadt und Land die Not des Vaterlandes und der um des Vaterlandes willen Hunger und Blöße leidenden Mitbürger aus Gewinnsucht ausnützte. Diese Wucherer und Kriegsgewinnler, die dazu noch vielfach wahnsinnige, aufhetzende Verschwendung trieben, haben in Unzähligen den Glauben an die Gemeinbürgergesinnung als Pflicht aller zerstört; die Revolutionsgewinnler üben nur rachsüchtige Vergeltung. Oder richtiger, das im Gleichgewicht mutwillig gestörte Gemeinschaftsleben, das an sittliche, unverletzbare Naturgesetze um der eigenen Erhaltung willen gebunden ist, rächt darin die Verletzung der staatlichen und sozialen Lebensgesetze. So wie in der unbelebten und ungeistigen Natur die gestörten Naturgesetze sich in Gewittern, Orkanen, in katastrophalen Krankheiten rächen.

Alle diese Verletzungen der alltäglichen Bürgerpflichten durch den einzelnen stellen sich ein, sobald dieser sein Leben eigensüchtig auf den Genuß auf Kosten der Gemeinschaft einstellt; sobald er sein Leben in der staatlichen Gemeinschaft als Gelegenheit zum rücksichtslosen Geschäftemachen, nicht als Aufgabe der Lebensbereicherung derjenigen auffaßt, mit denen er von der gütigen Natur auf Gedeih und Verderb zu einer Volksfamilie verwachsen ist; in der und durch die erst sein eignes Gedeihen gesichert ist; die für ihn sorgte, ehe er imstande war, für sich selb zu sorgen und auf selbstsüchtigen Nutzen bedacht zu sein; die ihm auch selbst erst durch die Schaffung und Erhaltung des nationalen Bestandes, der Rechts- und Sicherheitsordnung, der Wohlfahrtspflege die Möglichkeit bietet, auf Raub an den Mitbürgern auszugehen.

Alle diese Menschen haben staatslose Seelen, sind des Volksfamiliensinnes bar. Sie sind die Zersetzungsbazillen unseres Volkes. Nicht minder aber versündigen sich an ihrem Volke alle jene, die nicht in Betätigung echten Bürgersinnes die deutsche Volkskraft aus sich heraus lebendig machen zur Ueberwindung jener Zersetzungskeime und der revolutionären Gewaltat. Ein lebendiger Körper gesundet nur, wenn die gesunden Kräfte die toten und krankhaften überwinden.

Sprüche.

Sparsamkeit ist eine große Einnahme.

•

Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt.

•

Wer Freunde ohne Fehler sucht, bleibt ohne Freund.

•

Sich selbst bekämpfen, ist der allerschwerste Krieg,
Sich selbst besiegen ist der allerschönste Sieg.

Aus dem Reich.

Mißverständnisse.

• **Berlin**, 3. Sept. Reichspräsident Ebert soll einer Abordnung der vereinigten Gewerkschaften von Freudenstadt gesagt haben, es würden augenblicklich Erwägungen angestellt, wonach jeder nach

seinem vorjährigen Einkommen zur Einkommensteuer herangezogen würde. Vom Reichsfinanzministerium wird erklärt, es handele sich um eine reine Privatäußerung des Reichspräsidenten, über deren genauen Inhalt noch keine Klarheit zu erlangen sei. Das Ministerium stände zu diesem Zwecke mit dem Bureau des Reichspräsidenten in Verbindung. Jedenfalls aber werde der Steuerabzug getätigt, und von einer Erhebung der Einkommensteuer wie im vorigen Jahre könne gar keine Rede sein.

Zu den Aeußerungen, die Ministerialrat Dr. Beusch in Versammlungen im Ruhrrevier darüber getan haben soll, die Arbeiter sollten den Steuerabzug auf die Arbeitgeber abwälzen, wird erklärt, sie beruhten auf Mißverständnissen.

Dank an die Bergleute.

* **Berlin,** 3. Sept. Der Kohlenausschuß beschloß in seiner Sitzung am 2. September folgendes:

Der Kohlenausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsausschusses erkennt aus den gegebenen Berichten über die Kohlenlage, daß die deutsche Wirtschaft durch die Opferwilligkeit der Bergleute, die durch die Leistung von Ueberschichten die Förderung gesteigert haben, bisher von dem vollständigen Zusammenbruch bewahrt wurde. Er dankt ihnen für die Opferwilligkeit und bittet sie, hierin nicht nur nicht zu erlahmen, sondern die Leistungen nach Kräften noch zu erhöhen, damit unser Wirtschaftsleben auch in der nächsten Zeit mit ihren noch größeren Schwierigkeiten vor dem Aergsten bewahrt bleibt und soweit wie möglich Not und Elend von allen Mitbürgern, insbesondere Arbeitslosigkeit und Hunger, von Millionen deutscher Arbeiter- und Angestellten-Familien ferngehalten werden.

Die Sozialisierungsvorschläge für den Bergbau.

* **Berlin,** 3. Sept. Die Sozialisierungskommission hat nach viermonatiger Arbeit heute mittag ihre Arbeit so weit beendet, daß der neue Sozialisierungsplan für die deutsche Kohlenwirtschaft in der nächsten Woche bekannt gegeben werden kann. Wir sind in der Lage, aus dem Bericht der Kommission heute schon folgendes mitzuteilen:

Die Vorschläge stützen sich im wesentlichen auf die bekannten Gedanken Walter Rathenaus, wesentlich neu ist aber, daß, während bisher der Verkauf der Kohlen auf Rechnung der Zeche stattfand, nach dem neuen Vorschlag jede Zeche ihre gesamte Förderung zu den festgestellten Selbstkosten dem Reichskohlenwat überläßt.

Die Kohlenkommission spaltete sich im Endergebnis in zwei Gruppen. Die eine vertritt die sofortige Vollsozialisierung in derselben Richtung, wie die Kommission des Vorjahres, mit dem Unterschied, daß aus der damaligen Mehrheit eine Minderheit geworden ist. Die andere Gruppe schlägt eine allmähliche Sozialisierung unter vorläufiger Nichtausschaltung des Privatkapitals vor, und ist diesmal die Mehrheit. Sämtliche Mitglieder der Kommission stimmen darin überein, daß eine weitgehende Ausschaltung kapitalistischer Gewinne im Kohlenbergbau geboten ist. Die überwiegende Mehrheit ist darüber hinaus der Meinung, daß eine Ueberführung des Bergbaues auf ausschließlich gemeinwirtschaftlicher Grundlage unter Ausschaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ein Erfordernis bildet. Nur über den Zeitpunkt der Durchführung ergaben sich Meinungsverschiedenheiten. Auch darin besteht Uebereinstimmung, daß die Umgestaltung die gesamte privaten und staatlichen Kohlenbergwerke (Stein- und Braunkohle) umfassen soll, sowie die Brikettherstellung, die Verkokung und die direkte Gewinnung von Nebenprodukten, ebenso den Großhandel. Enteignungen sollen nur gegen angemessene Entschädigung stattfinden.

Die Elektrizitätswirtschaft.

* **Berlin,** 4. Sept. Auf Einladung des Reichsschatzministers war gestern und heute im Reichstagsgebäude der durch § 20 des Gesetzes betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft vom 31. Dezember 1919 errichtete Beirat für die Reichselektrizitätswirtschaft zu einer ersten Tagung versammelt. Die Versorgung der mitteldeutschen Energieverbrauchszentren, namentlich Berlins, Leipzig und Dresdens mit Grundbelastungsstrom aus den auf Braunkohle gegründeten Reichswerken in Zschornewitz, Spremberg und Lauta, sowie die süddeutschen Wasserkraftbauten des Reiches wurden ausführlich besprochen. Ueber das nach § 1 des Elektrizitätsgesetzes bis zum 1. April nächsten Jahres von der Reichsregierung einzubringende Gesetz zur allgemeinen Regelung der Elektrizitätswirtschaft berichteten Geheimer Baurat Köpcke (Dresden) als Vertreter staatlicher Elektrizitätswirtschaft, Direktor Ebbecke vom Märkischen Elektrizitätswerk (Berlin) als Vertreter kommunaler Elektrizitätswirtschaft und Direktor Breul von der Elektrischen Licht- und Kraftanlagen Aktiengesellschaft, Berlin, als Vertreter der privaten Elektrizitätswirtschaft. Nach Erörterung der eingehenden Referate wurde zur sachverständigen Beratung des Reichsschatzministers bei den bevorstehenden gesetzgeberischen Arbeiten ein Ausschuß von 18 Mitgliedern eingesetzt. Der Gesetzentwurf soll möglichst noch in diesem Jahre dem Reichswirtschaftsrat zugehen, um Anfang 1921 bei den gesetzgebenden Körperschaften eingebracht werden zu können. Ferner wurde zur Beratung des Reichsschatzministers in Fragen der Heranziehung der mitteldeutschen Elektrizitätswirtschaft und der süddeutschen Wasserkräfte je ein Ausschuß gewählt.

Die Finanzlage des Reiches.

* **Darmstadt,** 4. Sept. Am 3. und 4. September tagte hier unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Wirth eine Konferenz der Finanzminister der größeren Länder, in der über den Referentenentwurf einer Abänderung des Reichsbesoldungsgesetzes, sowie die aus dem Uebergang der Steuerverwaltung auf das Reich sich ergebenden Fragen verhandelt wurden. Gegen den Entwurf wurde wegen der Rückwirkung auf die besonderen Verordnungen der Länder erhebliche Bedenken geltend gemacht. Der Reichsrat wird in den nächsten Tagen aus Anlaß der Frage der Vorschußzahlung Stellung nehmen. Im Zusammenhang mit diesen Fragen wurde auch die allgemeine Finanzlage des Reiches behandelt. Die Aussprache stützte die allseitig ausgesprochene Notwendigkeit, an die besonderen Fragen mit äußerster Vorsicht und Zurückhaltung heranzutreten, wenn die Finanzen des Reiches vor einem Zusammenbruch bewahrt werden sollen.

Die Konferenz der Ernährungsminister.

* **Berlin,** 4. Sept. Ursprünglich sollte die Konferenz in London, an der Reichsernährungsminister Hermes teilnahm, eine gemeinsame Aussprache zwischen den Ernährungsministern aller alliierten Länder werden, mußte jedoch in letzter Stunde noch verschoben werden. Sie findet nunmehr, wie schon berichtet, in der italienischen Stadt Stresa am Lago Maggiore statt. Reichsernährungsminister Dr. Hermes nimmt auch diesmal wieder an der Konferenz teil. Er hat am Freitagabend die Fahrt nach Stresa angetreten, um den am Montag dort beginnenden Verhandlungen beizuwohnen. Dr. Hermes, der früher am landwirtschaftlichen Institut in Rom lange Zeit tätig war, beherrscht die italienische Sprache ausgezeichnet.

Das preußische Finanzministerium und die Beamtenverbände.

* **Berlin,** 2. Sept. Von zuständiger Stelle wird den Politisch-Parlamentarischen Nachrichten unter Bezugnahme auf die Vorgänge in der Sitzung am 1. September d. J. im Festsaal der preußischen Landesversammlung folgendes erklärt:

Der preußische Finanzminister hat sich stets von dem Bestreben leiten lassen, die Erörterung über eine Frage der Beamtenbesoldung so oft als irgendmöglich, mit den Großorganisationen der Beamten zu führen. Bei der starken Arbeitsbelastung kann es nicht erwünscht sein, und ist es auch praktisch nicht durchführbar, mit der großen Zahl kleiner und kleinster Beamtenverbände in zeitraubende Besprechungen einzutreten. Wenn zur Sitzung am 1. September neben den in Frage kommenden Großorganisationen noch andere Beamtenverbände eingeladen worden sind, so ist das darauf zurückzuführen, daß leider Ungewißheit darüber besteht, ob gegenwärtig in den Großorganisationen die Massen aller in Frage kommenden Beamtengruppen vertreten sind. Eine Verständigung hierüber konnte bisher nicht erzielt werden. Nachdem die Großorganisationen eine Beteiligung an den Verhandlungen im Beisein der außer ihnen geladenen Beamtenverbände abgelehnt hatten, ist auf unmittelbare Weisung des Ministers die Sitzung geschlossen worden, weil nach dem Ausscheiden der Vertretung des weitüberwiegenden Teiles der Beamten der beabsichtigte Zweck, die Wünsche der gesamten Beamtenschaft festzustellen, nicht mehr erreicht werden konnte.

Entwurf des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu einem Betriebsbilanzgesetz.

* **Berlin,** 2. Sept. In den Beratungen des Vorstandes und einer Unterkommission des Aktionsausschusses des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist folgender Entwurf eines Betriebs-Bilanzgesetzes ausgearbeitet worden:

§ 1. Unternehmer genügen der ihnen gemäß § 72 des Betriebsrätegesetzes obliegenden Verpflichtung zur Vorlage einer Betriebsbilanz, wenn sie eine Bilanz vorlegen, die das in dem Betriebe arbeitende Vermögen nachweist. Unterlagen der Betriebsbilanz brauchen nicht vorgelegt zu werden. — § 2. Aktiva und Passiva, die im Laufe des Geschäftsjahres aus dem Betriebsvermögen in das Nichtbetriebsvermögen oder aus dem Nichtbetriebsvermögen in das Betriebsvermögen eingetreten sind, sind in der Betriebsbilanz jedes Geschäftsjahres aufzuweisen. — § 3. Soweit ein Gesamtbetriebsrat besteht, genügt die Vorlage einer Gesamtbetriebsbilanz und einer Gesamtbetriebs-Gewinn- und Verlustrechnung an den Gesamtbetriebsrat. — § 4. Der auf das Betriebsvermögen entfallende Betrag aus eigenem Kapital muß in der Betriebsbilanz ohne Rücksicht auf die Gesellschaftsform in einer Summe angegeben werden. Zum eigenen Kapital sind auch die Einlagen von stillen Gesellschaftern zu rechnen. — § 5. Die erste vorzulegende Bilanz erstreckt sich nicht auf die Geschäftsjahre, die vor dem 31. Dezember 1920 ihr Ende erreicht haben.

Verkehrskontrolle.

* **Berlin,** 4. Sept. Ein Aufruf an die Arbeiterschaft, den die sozialistischen Parteien der Transportarbeiterverband, die freien Gewerkschaften und der freigewerkschaftliche deutsche Eisenbahnerverband (als einzige der Eisenbahnerorganisationen) gestern beschlossen haben, bedeutet die Gefahr neuer Störungen unseres Verkehrs- und Wirtschaftslebens. Der Aufruf verlangt die Zurücknahme der Verfügungen des Reichsverkehrsministers, wonach nur der Eisenbahnverwaltung das Recht zusteht, Transporte zu kontrollieren. Er fordert die Eisenbahner zur weiteren selbständige Ausübung der Verkehrskontrolle auf und erklärt schließlich: „Führen die Anordnungen des Verkehrsministers zu Maßregelungen, so können die Arbeiter sicher sein, daß die organisierten Arbeiter geschlossen hinter ihnen stehen." Das bedeutet die Möglichkeit eines neuen Verkehrsstreiks, denn im Reichsverkehrsministerium ist man der Ansicht, diesem Ultimatum gegenüber nicht nachgeben zu können, da es gleichbedeutend mit einer Aufgabe der Regierungsautorität wäre.

Eine Verschärfung der Situation ist auch darin zu erblicken, daß das Exekutivkomitee der Internationalen Transport-Föderation in Amsterdam einen ähnlichen Kampfaufruf an die Transportarbeiter und Eisenbahner aller Länder veröffentlicht. Es heißt darin, daß die Arbeiter, Seeleute und Eisenbahner jeglichen Transport von Kriegsmaterial auch weiterhin verweigern sollen. Es scheint, als wenn der Aufruf der deutschen sozialistischen Spitzenorganisationen erst nach Bekanntwerden dieses Beschlusses der Internationalen Transport-Föderation gefaßt worden sei. Die Erfahrung hat indessen gezeigt, daß die Beschlüsse internationaler Körperschaften immer auf dem Papier blieben; und daß lediglich die deutsche Arbeiterschaft zum Schaden ihrer selbst und der gesamten deutschen Wirtschaft die befohlene Aktion unternahm. Man muß befürchten, daß es diesmal ähnlich werden wird.

Zur Prüfung des Geschäftsgebarens der Kriegsgesellschaften

sind drei Unterausschüsse gebildet und zwar je einer für die noch in Tätigkeit befindlichen Ernährungsgesellschaften, für die noch in Tätigkeit befindlichen Rohstoffgesellschaften und für die bereits liquidierten Gesellschaften. Die Ausschüsse bestehen aus je zwei Vertretern der Regierung, je vier Vertretern des Reichsrats, je acht Vertretern des Reichstages. Dieselben haben ihren Sitz im Ernährungsministerium, im Reichswirtschaftsministerium und im Reichsschatzministerium. Das Zentrum entsendet in den Unterausschuß im Ernährungsministerium den Abgeordneten Janeba, in die beiden Unterausschüsse beim Reichswirtschaftsministerium und beim Reichsschatzministerium die Abgeordneten Florian Klöckner und Lange-Hegermann. Es ist beabsichtigt, dem Unterausschuß beim Reichswirtschaftsministerium auch die Prüfung der Selbstverwaltungskörper und sonstigen öffentlichen Bewirtschaftungsorgane zu übertragen.

Die Kreditierung der Fernsprechanleihe.

* **Berlin,** 3. Sept. Der einmalige Beitrag der Fernsprechteilnehmer von 1000 Mark für den Hauptanschluß und von 200 Mark für jeden Nebenanschluß ist am 1. Oktober fällig. Wie wir hören, wird die Post in Kürze die einzelnen Fernsprechteilnehmer zur Einzahlung schriftlich auffordern, wo dieses noch nicht geschehen ist.

Der Reichskanzler über den Wert des Sports.

Der Reichskanzler Fehrenbach hat sich jetzt auf eine an ihn ergangene Anfrage über den Wert von Sport, Turnen und Spiel folgendermaßen geäußert: „Ich halte die Pflege von Turnen, Sport und Spiel für eine der vornehmsten Aufgaben der Regierung. Was irgend im Interesse einer körperlichen und damit seelischen Erstarkung unserer deutschen Jugend durch moralische und finanzielle Unterstützung seitens des Reiches geschehen kann, soll getan werden. Mit warmem Herzen und größtem Interesse verfolge ich die jetzt schon so erfreulichen Leistungen Ihrer und aller auf diesem Gebiet tätigen Vereinigungen und wünsche, daß Ihr Schaffen dazu beitragen möge, unserer Jugend das für sie nötige Gegengewicht gegenüber den harten Arbeitsforderungen des Lebens zu geben. gez.: Fehrenbach, Reichskanzler."

Keynes über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

* **Berlin,** 3. Sept. Der englische Professor Jos. M. Keynes, der sich durch seine vernichtende Kritik des Versailler Friedensvertrages Weltruf verschaffte, erklärt jetzt in einem Aufsatz in der Newyorker Zeitschrift Everybodys Magazine, daß er heute nichts von dem, was er damals sagte, zurückzunehmen habe. Er beweist dann unter Anführung eines unwiderleglichen Zahlenmaterials aufs neue, daß von Deutschland keine größere Zahlung als 40 Milliarden Goldmark im ganzen oder zwei Milliarden Goldmark jährlich erwartet werden können, und erfügt hinzu, unter allen gegenwärtigen Umständen glaube er nicht einmal, daß Deutschland soviel bezahlen kann.

Kommunistischer Wahnsinn.

* **Königsberg,** 2. Sept. Die Hartungsche Zeitung meldet aus Goldap: Als am Mittwoch mittag ein Beamter der Sicherheitspolizei drei in Budeningken verhaftete Männer ins Gefängnis einlieferte und der Gefangenenaufseher ihnen die Waffen abnehmen wollte, schoß einer den Aufseher in den Kopf, so daß er sofort tot war. Hierauf jagten sich zwei der Verhafteten selbst eine Kugel in den Kopf. Einer ist bereits gestorben. Der andere ist tötlich verletzt. Es handelt sich um die Brüder Harry und Fritz Dyck aus Königsberg, die zur kommunistischen Partei gehören.

Lebensmittelkrawalle in Augsburg.

* **Augsburg,** 1. Sept. Heute nachmittag 3 Uhr nach Schluß des Fabrikbetriebes zogen Tausende von Leuten aus den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung in Einzelzügen vor das Rathaus. Sie trugen Tafeln, auf denen zu lesen stand: Wir fordern Preisabbau und besseres Brot! Der Aufforderung auseinanderzugehen, wurde nicht Folge geleistet und der Ring der Schutzleute und der Polizeitruppen durchbrochen. Die Menge zog dann gegen den Marktplatz. Radikale Elemente beschimpften einen von der Maximilianstraße zur Verstärkung geschlossen anmarschierenden Reichswehrtrupp. Die Menge ging zu Tätlichkeiten über. Im Verlaufe des Krawalles wurden drei Personen getötet und mehrere verletzt. Eine Abordnung der Demonstranten ging auf das Rathaus zum zweiten Bürgermeister und setzte ihm die Forderungen der Menge auseinander. Die Betriebsräte traten zusammen, um zu den Vorgängen Stellung zu nehmen.

Die deutsch-französische Spannung.

Weitgehendes Entgegenkommen.

* **Berlin,** 4. Sept. Die Verhandlungen, die zwischen Berlin und Paris durch Vermittlung des französischen Botschafters Laurent über die französischen Sühneforderungen geführt werden, sind auch heute noch nicht zum Abschluß gekommen. Dr. Simons hat gestern dem französischen Botschafter bestimmte Vorschläge gemacht, in denen ein sehr weitgehendes Entgegenkommen der deutschen Regierung zu erkennen war. Der französische Botschafter hat diese Vorschläge nach Paris weitergegeben. Bis zur Stunde ist noch keine Entscheidung eingetroffen.

Ein Verzicht.

* **Paris,** 3. Sept. Der für heute in Aussicht genommene Empfang des deutschen Botschafters in Rambouillet, wo Dr. Mayer dem Präsidenten Deschanel sein Beglaubigungsschreiben überreichen sollte, mußte verschoben werden, weil der Botschafter, wie der „Temps" berichtet, heute vormittag noch nicht von der in Berlin erzielten Verständigung über die Erfüllung der französischen Sühneforderung unterrichtet war. Da der Ministerpräsident morgen für etwa 14 Tage verreist, wird Dr. Mayer sein Beglaubigungsschreiben gleich nach der Rückkehr Millerands überreichen.

Bei den von Frankreich gemachten „Zugeständnissen" handelt es sich weniger um die Wichtigkeit der einzelnen Punkte, als um die Tatsache, daß der Inhalt der Note, nachdem der Wortlaut einmal in Berlin veröffentlicht worden war, nicht in vollem Umfange aufrecht erhalten worden ist. Als wichtigstes Zugeständnis muß der Verzicht auf den Entschuldigungsbesuch des Reichskanzlers gelten. Nach Andeutungen von französischer Seite kann man annehmen, daß Millerand sich mit der Ersetzung des Reichskanzlers durch zwei verantwortliche Minister einverstanden erklärt, nachdem er über die Bestimmungen der deutschen Verfassung aufgeklärt worden war.

Herr Korfanty beschwichtigt.

* **Beuthen,** 3. Sept. Korfanty erläßt neuerlich eine Kundgebung, in der er die in den letzten Tagen vorgekommenen verdammenswerten Verbrechen als Untaten gewöhnlicher Banditen hinstellt. Er fordert die gesamte ordnungsliebende Bevölkerung zum Kampfe gegen die Banditen und zur Ablieferung der noch zurückgehaltenen Waffen auf. Wer befürchte, sich strafbar gemacht zu haben, weil er die Waffen noch nicht ablieferte, möge sie heimlich der örtlichen Plebiszitkommission übergeben, die die Waffen ohne Namensnennung an die interalliierten Behörden weitergebe.

Die Grenzleitung, das Organ Korfantys, bringt heute einen Artikel: Mehr Ruhe und Besonnenheit, in dem unter Hinweis darauf, daß die Polenführer ihr möglichstes getan hätten, um jeden Terror und Druck auszuschalten, behauptet wird, daß es scheine, als ob man auf deutscher Seite den Abschluß des Abkommens bedauere. Es falle auf, daß die von deutscher Seite gegebenen Versprechen nicht gehalten würden. Die Polenführer würden in gewohnter Weise verleumdet, der Denunziantensucht werde von deutscher Seite nicht entgegengetreten. Das alles widerspreche den Vereinbarungen.

Polnisches Heldentum.

* **Berlin,** 3. Sept. Der Germania wird aus Schlesien über eine jedes gläubige Empfinden empörende Handlung polnischer Nationalisten geschrieben: Alle Welt kennt den traurigen Fall des Generaldirektors Franz Badlik von der deutschen Kohlengewerkschaft Charlottengrube, der bei der Rückkehr von einem Besuche beim italienischen Oberst Pesenti in Rybnik von einer polnischen Bande, die ihm aufgelauert und ihn verfolgte, mit Gewehrkolben so sehr zugerichtet wurde, daß er kurz darauf verschied. Die Polen, in ihrem Haß über den Tod hinaus, haben es verhindert, daß die Leiche des Verstorbenen an Ort und Stelle beerdigt werden konnte. Es sind von ihnen Drohungen gefallen, daß sie die Trauerfeier gewaltsam unmöglich machen oder aber die Leiche aus dem Grabe herausreißen und das Grab in unaussprechlicher Weise besudeln würden. Die Leiche mußte infolgedessen bei Nacht von sechs Leuten aus einem benachbarten Kreise, die sich dazu erboten, über den Gartenzaun durch das Feld heimlich fortgetragen werden, bis zum Gdreichschacht, wo auf freiem Felde ein Waggon hielt, der sie nach Breslau zur Beisetzung überführte. Wie jetzt bekannt wird, haben aber die Polen ihrem Haß noch auf andere Weise Ausdruck verliehen; sie haben zu verhindern gewußt, daß der im Sterben Liegende von einem Geistlichen besucht wurde und die letzte Fürsorge der Kirche erfuhr. Als der Geistliche sich zu ihm begeben wollte, wurde er von polnischer Seite bedroht, und es kam aus der Menge der Ruf: „Der deutsche Hund soll ohne Gott krepieren!" Beim Rückweg ist sogar auf den Geistlichen geschossen worden. Bis zu diesem Grade unversöhnlichen Hasses ist die polnische Bevölkerung in ihrer Verhetzung geschritten. Das sind die Segnungen des Korfantyschen Geistes, das ist der ganze Korfanty, der einst gesagt hat, mein ganzes Wesen ist Haß gegen alles Deutsche, das sind die Früchte polnischer Lügen, die sich damit brüsten, daß auch unter ihrer Obhut die katholische Kirche geschützt sei. Nicht vor dem Tode, nicht vor der Kirche und ihren geweihten Vertretern machen Korfanty und seine Gefolgschaft Halt. Wenn ein friedliches Volk zu solcher Verhetzung und Verwilderung gebracht werden konnte, was wird dann aus dem Lande werden, das dieses fremdländische Polentum unter seine Herrschaft bringen will. „Der deutsche Hund soll ohne Gott krepieren!" Es wäre jedes Wort zuviel, das man hier noch hinzufügte.

Die Verfolgung des Deutschtums in Tschechien.

* **Prag,** 3. Sept. Das Prager Tageblatt berichtet aus Troppau in Schlesien: Der deutsche Verein Nordmark wurde von der hiesigen Landesregierung verboten. Diese Verfügung wurde damit begründet, daß Nordmark staatsfeindliche Propaganda betreibe. Gleichzeitig wurden die angeblich geplanten Feste und Veranstaltungen der Nordmark verboten. Auch der deutsche Tag, der als Massenkundgebung der Deutschen in Troppau am 4. und 5. September stattfinden sollte, wurde in Frage gestellt. Die Troppauer T. Z. am Morgen, die das Verbot der Nordmark in heutiger Nummer in großer Aufmachung bringt und als Grund des Verbotes die allzu große Propaganda der Deutschen anführte, wurde von der Bevölkerung zwangsweise konfisziert und ist auf allen Verkaufsstellen entfernt worden. Vor dem Rathaus wurde ein großer Stoß von Extraausgaben dieses Blattes verbrannt.

Wie die Blätter berichten, fand eine gemeinsame Beratung der deutschen und der tschechischen Sozialdemokraten, sowie der Vertreter der Gewerkschaften und der Genossenschaften beider Nationalitäten statt, wobei auch über die schlechten Ernährungsverhältnisse in den deutschen Bezirken gesprochen wurde. Allseitig wurde die Ansicht vertreten, daß es sich hierbei um planmäßige Sabotage der landwirtschaftlichen Erzeuger handele. Die Verhandlungen endeten mit dem einstimmigen Beschluß, einen paritätischen Ausschuß zu wählen, der ungesäumt die Forderungen der Arbeiterschaft beider Nationalitäten in der Frage der allgemeinen Versorgung formuliert und in der gemeinsamen Sitzung den deutschen und tschechischen Vertrauensmännern der Arbeiterschaft unterbreitet.

Ausland.

Kein Kohlenmangel in Frankreich.

***Basel,** 2. Sept. Havas meldet: Die deutschen Kohlensendungen aus dem Ruhrgebiet treffen regelmäßig in befriedigender Weise ein, ein Kohlenmangel in Frankreich bestehe daher zurzeit nicht mehr. Im Falle eines englischen Grubenarbeiterausstandes ist infolgedessen kein Grund zur Besorgnis mehr vorhanden, da Frankreich nicht auf die britischen Kohlen angewiesen ist.

Bolschewismus in Italien.

* **Basel,** 4. Sept. Corriere d'Italia schreibt, man stehe in Italien am Vorabend einer bolschewistischen Revolution. Die Regierung verkenne in unbegreiflicher Weise die drohende Gefahr und zeige eine eigenartige Schwäche.

Einführung der Prügelstrafe.

WTB **Budapest,** 1. Sept. Bei der Aussprache der Nationalversammlung über das Prügelstrafengesetz erklärte der Justizminister, er habe infolge der von den Gegnern dieser Vorlage vorgebrachten objektiven Gründe gewisse Aenderungen der Vorlage angenommen, namentlich die, daß die Prügelstrafe nur wegen ausgesprochener Ausbeutungsvergehen oder Verbrechen verhängt werden solle, so wegen Preistreiberei, wenn diese geschäftsmäßig betrieben werde. Die Vorlage wurde mit einer Mehrheit von 25 Stimmen angenommen.

Die Kleine und die Große Entente.

WTB **Prag,** 1. Sept. In der heutigen Sitzung des ständigen Ausschusses sagte der tschechische Minister des Aeußern Dr. Benesch u. a.:

Das Uebereinkommen zwischen Tschechien, Südslawien und Rumänien ist ein politisch außerordentlich bedeutendes Faktum. Die Politik der tschechischen Republik ist überall und immer friedliebend und gegen eine Intervention gerichtet gewesen, und diese Idee ist auch bei der sogenannten Kleinen Entente zwischen uns, Rumänien und Südslawien leitend gewesen. Die allgemeine politische Lage in Europa ist heute schwierig, und wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben, daß binnen kurzem eine völlige Aenderung eintreten wird. Sie wird vielleicht noch lange Zeit hindurch von einzelnen großen politischen Blocks bestimmt werden, und zwar zuerst von dem Block der Großen Entente im Westen, dem deutschen Block im Norden und dem russischen Block im Osten. Man darf voraussetzen, daß trotz aller politischen Schwierigkeiten die Einigkeit sich im Westblock auch weiterhin aufrechterhalten wird. Der deutsche Block strebt heute namentlich eine Konsolidierung im Innern und die Heilung der Wunden an, die ihm der Krieg versetzt hat. Er verfolgt jedoch die Ereignisse in Europa aufmerksam, um zu geeigneter Stunde mit seiner ganzen Kraft in die internationalen Verhältnisse einzugreifen und in der Politik Europas jene Rolle zu spielen, die seiner Stärke angemessen ist. Den dritten Block bilden die Russen. Wir und unsere Verbündeten können einstweilen zur russischen Frage nur einen abwartenden Standpunkt einnehm. Die Neutralität im russisch-polnisch Konflikt ergab sich von selbst aus unserer bisherigen Politik. Meldungen, daß die französische Regierung mit der madjarischen Regierung ein Abkommen getroffen habe, bei welchem nachbarliche Interessen und insbesondere auch die unsrigen in territorialer Beziehung berührt würden, sind unrichtig.

Die abgelehnte Audienz.

* **Zürich,** 2. Sept. Die „Basler Nachrichten" erfahren aus Luzern, Exkönig Konstantin von Griechenland habe in einer Zuschrift an Lloyd George diesen um eine Audienz gebeten. Der englische Ministerpräsident habe indessen dieses Verlangen abschlägig beschieden, indem er auf das Attentat gegen Venizelos hinwies.

Einstellung des polnischen Vormarsches.

* **Von der schweiz. Grenze,** 4. Sept. Der Pariser Temps meldet aus Warschau: Die polnische Armee wird etwa 10—15 Kilometer westlich der ethnographischen Grenze zwischen Rußland und Polen, also auf russischem Gebiet, den Vormarsch einstellen und eine militärische Sicherheitslinie in der Art von Brückenköpfen errichten. Die alliierten Mächte sind mit dem Vormarsch einverstanden.

Stadt-Nachrichten.

Neuß, 6. September 1920.

Auf der Tagesordnung der morgigen Stadtratssitzung steht u. a. die Einrichtung einer Gärtnerfachschule (Fortbildungsschule) in Neuß. Danach sollen alle im Stadtbezirk Neuß wohnenden oder dort nicht bloß vorübergehend beschäftigten Gärtnerlehrlinge und -Gehilfen verpflichtet sein, bis zum Ablauf des Schuljahres, in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden, die hier errichtete öffentliche Gärtnerfachschule an den vom Oberbürgermeister im Einvernehmen mit den Arbeitgebern festgesetzten Tagen und Stunden zu besuchen und am Unterrichte teilzunehmen. Die Verpflichtung besteht auch für die Zeit der Arbeitslosigkeit und der Probezeit. Die Arbeitgeber der zum Schulbesuchte verpflichteten Schüler haben zur Unterhaltung der Schule einen jährlichen Beitrag von 10 Mark für jeden von ihnen beschäftigten Schüler zu zahlen. Tritt ein Schüler während des Schuljahres aus dem Arbeitsverhältnis aus, und wird vom Arbeitgeber an dessen Stelle ein anderer angenommen, so ist für diesen letzteren ein Schulbeitrag für das betreffende Vierteljahr nicht mehr zu bezahlen. Die Beiträge können vom Kuratorium bei nachgewiesener Bedürftigkeit ganz oder teilweise erlassen werden. Dieses Ortsstatut soll am 1. Oktober 1920 in Kraft treten mit der Maßgabe, daß die vor dem 1. Januar 1918 aus der Volksschule u. s. w. entlassener Gärtnerlehrlinge und -Gehilfen von der Schulpflicht befreit bleiben. Nach der Schulordnung hat die Gärtnerfachschule die Aufgabe, die Allgemeinbildung der Gärtnerlehrlinge und -Gehilfen zu erweitern und zu vertiefen und sie durch theoretische und praktische Ueberweisungen in der Ausübung ihres Berufes tüchtig zu machen. Gleichzeitig will die Schule durch entsprechende Belehrungen und Anregungen auf das sittliche Verhalten der Schüler einwirken. Die Schule gliedert sich in 3 Stufen. Die Schülerzahl soll in den theoretischen Fächern 40, im praktischen und Zeichenunterricht 20 nicht übersteigen. Die Zeit der Unterrichtsstunden wird vom Oberbürgermeister im Einvernehmen mit den Arbeitgebern festgesetzt. Nach 8 Uhr abends findet kein Pflichtunterricht mehr statt.

Der Fähr- und Personenverkehr Neuß-Düsseldorf-Hamm und der Dampfbootsbetrieb Oberkassel-Düsseldorf ist vom 5. d. Mts. ab wieder gestattet. Näheres siehe Bekanntmachung in heutiger Ausgabe.

Auf die Bekanntmachung betr. Annahme von Wertpapieren zur Zahlung des Reichsnotopfers in heutiger Nummer wird besonders aufmerksam gemacht.

† **Die Kevelaer-Wallfahrtskerze der Stadt Neuß,** die seit Samstag abend im Blumengeschäft von Hans Pütz auf der Crefelderstraße ausgestellt ist und bis Mittwoch nachmittag daselbst ausgestellt bleibt, hat schon viele Zuschauer herangezogen. Die reiche, in Handarbeit von der Rhein. Wachsindustrie O. Menden, Köln, ausgeführte Verzierung zeigt neben einer Widmung das Bildnis der Gottesmutter. Die fast 2½ Meter lange Kerze ist über 15 Pfund schwer. Auch die sechs gleichzeitig ausgestellten Altarkerzen, welche die Fuldaer Wachsindustrie Rd. Dies, Fulda, lieferten, sind sehenswert. Sie sind ebenfalls in feiner Art mit kleinen Rosetten verziert und tragen die Aufschrift: Neuß. Sie werden in der Gnadenkapelle, die große Kerze dagegen in der Kerzenkapelle Aufstellung finden.

□ **Mutterberatung** für das Gebiet des 3. Bezirks (den 3. Bezirk bildet der Stadtteil jenseits der Bahn bis zum Nordkanal) findet statt am Mittwoch, den 8. Sept., nachmittags von 3—5 Uhr in der Fürkherschule an der Burgunderstraße. — Mutterberatung für das Gebiet des 4. Bezirks (zum 4. Bezirk gehören alle jenseits des Nordkanals wohnenden Familien — südlicher Stadtteil) findet statt am Dienstag, den 7. September, nachmittags von 3—5 Uhr im Hause Dreikönigenstraße 14. — Sprechstunden, Stillkontrolle und Milchkartenausgabe jede Woche Donnerstag von 3—5 Uhr in den städtischen Fürsorgestellen. Außerdem ist täglich eine der Fürsorgerinnen nachmittags von 3—5 Uhr im alten Hospital, Hymgasse 11, für besondere Fälle anwesend.

▲ **Borromäus-Verein St. Marien.** Die Gaben von Bonn sind eingetroffen und können gegen mäßige Portovergütung Marienkirchplatz 28 abgeholt werden und zwar Montag für die Mitglieder der 1. und 2. Klasse, Dienstag für die der 3. und 4. Klasse.

Wie spare ich Porto? Die überaus hohen Postgebühren nötigen mehr als bisher zur Sparsamkeit. Eine tägliche Erfahrung ist es aber, daß vielfach noch zu viel Porto aufgewendet und die Ermäßigungen nicht benutzt werden, die der Tarif der Reichspost möglich macht. Drucksachen werden oft in verschlossenem Briefumschlag statt offen verschickt. Dann wird nach wie vor von der Einrichtung der Geschäftspapiere wenig Gebrauch gemacht. Sie sind aber jetzt billiger, sobald sie das Gewicht von 20 Gramm überschreiten. Als Geschäftspapiere zugelassen werden alle Schriftstücke und Urkunden, die nicht die Eigenschaft einer eigentlichen und persönlichen Mitteilung haben, wie Prozeßakten, Frachtbriefe, Ladescheine, Rechnungen, Quittungen, offene Briefe und Postkarten, wenn sie ihren ursprünglichen Zweck erfüllt haben, Urschriften von Werken und Zeitungen, Schülerarbeiten, Lohn-, Dienst- oder Arbeitsbücher usw. Auch die neue Einrichtung der Päckchen wird nicht genügend beachtet. Sie kosten bis zum Gewicht von 1 Kilogramm 1 Mark, müssen aber die Aufschrift „Päckchen" tragen.

* **Erleichterungen im Kraftwagenverkehr.** Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat mit Ermächtigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten Erleichterungen im Kraftwagenverkehr eintreten lassen. Alle zugelassenen Wagen dürfen fortan auch Sonntags verkehren, die Verkehrsbezirke können als auf ganz Deutschland (außer Bayern) ausgedehnt gelten. Auch ist die Mitnahme von Personen bei geschäftlichen Fahrten nicht mehr beschränkt. Im übrigen bleibt die Bestimmung bestehen, daß nur zu geschäftlichen und dienstlichen Zwecken Fahrten ausgeführt werden dürfen, aber keine Vergnügungs- oder Bequemlichkeitsfahrten gestattet sind. Insbesondere sind auch Fahrten zu Rennen, Volksbelustigungen, Theatern usw. auch für Mietskraftwagen verboten.

Aus dem Kreise Grevenbroich.

)§(**M.Gladbach,** 4. Sept. Ferienstrafkammer. Ackerer Josef F. und Ehefrau des Ackerers Heinrich Fr. aus Wallrath, Buchhalter Hubert R. aus Gubberath und die beiden Ackerer Heinrich E. und Waldamir D. aus Stessen sollen das Gerücht verbreitet haben, der Landrat Dr. Sch. aus Grevenbroich sei wegen Beteiligung an größeren Wucher- und Schiebergeschäften verhaftet worden. An der Sache war kein wahres Wort. Heute nahmen die Angeklagten die Aussagen mit Bedauern zurück und übernahmen die Kosten. Hierauf nahm der Landrat den Strafantrag zurück und das Verfahren wurde eingestellt. — Die beiden Arbeiter Anton Br. und Schreinergeselle Josef Sch. aus Elsgen waren am 25. Juni beim Bäckermeister Kl. daselbst eingestiegen und stahlen daselbst 2450 Mark. Beide Angeklagten sind geständig. Der vorbestrafte Br. erhielt ein Jahr und Sch. 8 Monate Gefängnis.

Rheinland-Westfalen.

Ita. **M.Gladbach,** 3. Sept. Ueber die Revision der Züge, welche gestern auf dem Bahnhofe stattfand, wird der Westdeutschen Landeszeitung noch berichtet: Als die Polizeimannschaften den Schleichhändlern die Schieberwaren abnehmen wollten, entstand eine Schlägerei. Beim Eintreffen des zu Hilfe gerufenen belgischen Kommandos waren die Schieber verschwunden. Nachträglich konnten einem Schieber und zwei Frauen eine größere Menge beschlagnahmt werden. — Zu den gestrigen Vorfällen auf dem Bahnhofe wird polizeilicherseits mitgeteilt, daß einige Polizeibeamten von auswärtigen Schleichhändlern mit Stöcken und Messern angegriffen wurden. Die hart bedrängten Beamten konnten bei der großen Ansammlung von Neugierigen bezw. Fahrgästen von ihren Waffen nicht den entsprechenden Gebrauch machen. Festgenommen wurden indes fünf Personen aus Düsseldorf, von denen eine Marinekleidung trug. Sie werden ihrer schweren Bestrafung nicht entgehen. Einige Polizeibeamten haben sich bei der geschilderten Affaire durch Mut und Tapferkeit besonders ausgezeichnet.

* **M.Gladbach,** 4. Sept. In einer Versammlung auf dem Landratsamt über die Kartoffelversorgung erklärten sich die Vertreter der Landwirte bereit, bei ihren Verbänden darauf hinzuwirken, daß in unserm Bezirk ein Durchschnittspreis von 22 Mark für den Zentner Kartoffeln gefordert werde. Minderbemittelten sollen die Kartoffeln entsprechend billiger abgegeben werden. Den Landwirten soll aber das Recht eingeräumt werden, von bessergestellten Leuten einen höhern Betrag zu fordern.

* **Krefeld,** 2. Sept. Bei Benutzung einer Schiffsschaukel auf der Herbstkirmes im benachbarten Fischeln wurde die 17jährige Judenhock aus Krefeld-Königshof in voller Fahrt aus der Schaukel geschleudert. Das Mädchen erlitt so schwere Verletzungen, daß es im Krankenhause gestorben ist.

* **Köln,** 4. Sept. Das Wintersemester beginnt an der Universität Köln am 15. Oktober und dauert bis zum 1. März 1921. Nähere Auskunft erteilt das Universitätssekretariat, von wo auch das Vorlesungsverzeichnis bezogen werden kann. — Die Verbraucherkammer für den Bezirk Köln sieht mit großer Besorgnis sich die Zustände in der Kartoffelversorgung entwickeln. Während in andern Landesteilen durch Vermittlung der Regierungs- bzw. Oberpräsidenten Verhandlungen einen erträglichen Preis als Erfolg buchen konnten, hört man im besetzten Gebiet von derartigen Maßnahmen nichts. Heute werden bereits Phantasiepreise verlangt. Die Kammer erwartet, daß die Gesamtstellen unverzüglich die nötigen Schritte ergreifen, damit eine gleiche Verpflegung für das besetzte Gebiet erzielt wird. Eine dahinlautende Entschließung wird der Vorsitzende der Kammer dem Regierungspräsidenten und sonstigen Stellen unterbreiten.

Ita. **Köln,** 3. Sept. Eine unangenehme Störung einer Gerichtsverhandlung gab es gestern in einem Schöffengerichtssaale. Ein unter der Anklage stehender Arbeiter wurde, wegen seines spöttelnden Lachens über die Zeugenaussagen vom Vorsitzenden zur Rede gestellt. Er sprang plötzlich über die Schranke auf den Vorsitzenden zu und tobte in einer Art und Weise, daß alles durcheinander flog. Die Hände und Kleider der Gerichtspersonen waren mit Tinte besudelt. Das Gericht entfernte sich und vier Wachtmeister konnten den riesenstarken Menschen nicht bewältigen. Erst nach zehn Minuten gelang es, seiner Herr zu werden.

Ita. **Köln,** 3. Sept. Gegen jene Personen, die ohne Personalausweis auf der Straße angetroffen werden, wird mit aller Strenge vorgegangen. Allwöchentlich müssen etwa 300 solcher Personen mit Strafbefehlen bedacht werden, die jetzt stets auf 14 Tage lauten.

Ita. **Köln,** 4. Sept. Gestern nachmittag kam es zwischen im benachbarten Knappsack beschäftigten Arbeitern und dem Personal der Bonner Kreisbahn zu Streitigkeiten, in deren Verlauf sich eine regelrechte Keilerei entwickelte. Die Gendarmerie mußte einschreiten. Heute vormittag weigerte sich nunmehr das Personal der Köln-Bonner Kreisbahn, die Arbeiter zu befördern, sodaß hunderte Personen von der Arbeit zurückgehalten wurden. Letztere wählten alsbald eine Kommission, die gegenwärtig mit der Direktion der Kreisbahnen verhandelt. Letztere bietet alles auf, die Angestellten der Bahnen zur Wiederaufnahme des Dienstes zu veranlassen.

* **Andernach,** 4. Sept. In der Nacht vom 3. zum 4. September d. M. ist auf dem Grundstück der St. Augustinus Aktiengesellschaft zu Namedy bei Andernach ein neuer kohlensaurer Sprudel mit großer Gewalt und starker Kohlensäureentwicklung zum Ausbruch gekommen, der die interessanten Geiser-Erscheinungen von Namedy um ein neues Bild bereichert. Bis jetzt existierte in Namedy als ältester der St. Augustinus Geiser, der vor 26 Jahren am Bahngeleise erbohrt wurde. Zwei Jahre später trat der Insel-Sprudel in Tätigkeit. Dazu kommt jetzt ein neuer Geiser, neben dem Restaurant Waldschlößchen. Die drei Quellen springen in drei- bis vierstündigen Zwischenräumen mit starkem Auswurf von Mineralwasser und Kohlensäure.

* **Mainz,** 4. Sept. Die Wiesbadener Pferderennen sind nachträglich genehmigt worden. Die Renntage sind am 1., 3. und 6. Oktober in Verbindung mit der Wiesbadener Herbstwoche.

Neueste Nachrichten.

Der Entschuldigungsbesuch.

* **Berlin,** 5. Sept. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons und der preußische Minister des Innern Severing suchten heute vormittag den französischen Botschafter auf. Dr. Simons erklärte Herrn Laurent folgendes:

„In der Note vom 30. v. M. haben Eure Exzellenz der deutschen Regierung die Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Regierung der französischen Republik die Beilegung des Zwischenfalles herbeiführen will, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. August d. J. zugetragen hat. Zugleich haben Sie auf eine Reihe von Kundgebungen und Angriffen hingewiesen. Dabei haben Eure Exzellenz betont, daß die Regierung der französischen Republik mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Beruhigung und der Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten wünsche. Derselbe Wunsch erfüllt die deutsche Regierung. Sie mißbilligt auf das entschiedenste diese Vorkommnisse, die, wie die Vorgänge in Breslau, durch gewisse Umstände und Ereignisse erklärt, aber nicht gerechtfertigt werden können. Die deutsche Regierung bedauert alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige geworden sind und wird din in der Note vom 30. v. M. gewährten Genuatuungen gewähren."

Der französische Botschafter erwiderte:

„Im Namen der Regierung der Republik nehme ich Kenntnis von der Erklärung Eurer Exzellenz und der Zusage der Reichsregierung, daß sie die ihr mitgeteilten Wiedergutmachungsforderungen erfüllen wird. Lassen Sie mich, Herr Minister, der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich ähnliche Zwischenfälle nicht wiederholen und daß die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs sich von nun an im Geiste friedlicher Zusammenarbeit gestalten werden, der für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung und das Gedeihen beider Teile so nötig ist."

Sodann machte der Reichsminister von der durch die Reichsregierung, der Minister des Innern von den durch die preußische Regierung in Erledigung der französischen Forgerungen getroffenen oder eingeleiteten Maßnahmen Mitteilung.

3 Weißbücher.

* **Berlin,** 4. Sept. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages hat die Reichsregierung ersucht, ihm eine Zusammenstellung der einwandfrei festgestellten Tatsachen über Oberschlesien zu übermitteln. In Erledigung dieses Ersuchens werden drei Weißbücher zusammengestellt. Das erste wird eine authentische Schilderung aller von den Aufständischen verübten Gewalttaten und Morde enthalten. Das zweite wird Beweise dafür erbringen, daß ein Teil der in Oberschlesien verwandten interalliierten Truppen es nicht nur unterlassen hat, gegen die Aufständischen einzuschreiten, sondern daß sogar an einigen Stellen von der Truppe offen für die polnischen Banden Partei genommen worden ist. Das dritte Weißbuch wird sich mit den Vorbereitungen beschäftigen, die polnischerseits für die Organisation des Aufstandes getroffen wurden. Das Weißbuch wird sich im wesentlichen auf polnisches Material stützen, das durch die Wachsamkeit unerschrockener deutscher Zollbeamten einem widerrechtlich die Grenze überschreitenden Kurier Korfantys abgenommen worden ist.

Zu den traurigen Zuständen in Oberschlesien.

* **Berlin,** 4. Sept. Von den fünf Kreiskontrolleuren Oberschlesiens haben die drei englischen von Tarnowitz, Beuthen und Groß-Strehlitz ihre Entlassung nachgesucht, weil sie an der von den französischen Behörden betriebenen parteiischen Stellungnahme keinen Anteil haben wollen. Den Kreiskontrolleuren von Tarnowitz und Groß-Strehlitz ist von der Interalliierten Kommission auch bereits die Entlassung bewilligt worden.

Die bezeichnende Meldung, daß die polnischen Bergarbeiter gefordert haben, in Oberschlesien möchten die italienischen Truppen durch französische ersetzt werden, bestätigt sich. Unrichtig ist jedoch, daß sie mit dem Generalstreik gedroht hätten, falls diese Ablösung nicht erfolge. Es scheint von den Polen in Oberschlesien sehr peinlich empfunden zu werden, daß die Italiener unparteiisch die Entwaffnung durchzuführen gewillt sind.

Eine Zwangsanleihe?

* **Berlin,** 4. Sept. Die Gerüchte von einer demnächst aufzulegenden Zwangsanleihe haben sich in letzter Zeit derart verdichtet, daß die Oeffentlichkeit gut daran tut, sich auf diese Möglichkeit einzustellen. Wie ich im Reichsfinanzministerium erfahre, steht man dort auf dem Standpunkt, daß zur Abbürdung unserer schwebenden Schuld etwas Grundlegendes geschehen muß, und es sind Vorarbeiten im Gange, die eine Lösung in der vorerwähnten Richtung als immerhin wahrscheinlich erscheinen lassen. Eine bestimmte Entscheidung ist indessen, wie mir versichert wird, noch nicht gefallen; sie muß so lange hinausgeschoben werden, bis die endgültige Zustimmung des zurzeit noch abwesenden Reichsfinanzministers vorliegt.

Reichspräsidentenwahl.

* **Berlin,** 4. Sept. Ueber den Termin der Reichspräsidentenwahl ist noch keine endgültige Entscheidung gefallen. Aber unter den maßgebenden Parteien des Reichstages hat sich durch unverbindliche Besprechungen gezeigt, daß die Wahl noch im Laufe dieses Jahres vorgenommen werden soll, das gleiche gilt auch für die Wahlen der Preußischen Landesversammlung.

Bessere Brotration?

* **Berlin,** 4. Sept. Wie verlautet, beabsichtigt das preußische Ernährungsministerium, sich nach dem 1. Oktober mit der Frage der Heraufsetzung der Brotration und der besseren Ausmahlung des Getreides zu beschäftigen. In der nächsten Zeit dürfte infolge der fast erschöpften Bestände des Maismehles Gerstenmehl zur Streckung des Brotmehles verwendet werden.

Die deutschen Bauernvereine.

** **Frankfurt,** 4. Sept. Die 26 deutschen Bauernvereine hatten sich hierselbst zu einer bedeutsamen Tagung vereinigt, deren Resultat eine längere Entschließung war, welche die Bauern auffordert, die Kartoffeln an die minderbemittelte Bevölkerung zu angemessenen Preisen abzugeben. Bei dem Abbau der Zwangswirtschaft soll die Landwirtschaft die Behörden durch reichliche Ablieferung unterstützen, indem sie viele Nahrungsmittel auf den Markt bringt. Schließlich wird die Regierung ersucht, die Abgabe der Steuererklärung zum Reichsnotopfer bis zum 1. Dezember hinauszuschieben.

Gegen die Störung des Eisenbahnbetriebes.

* **Berlin,** 5. Sept. Der parlamentarische Beirat des Entwaffnungskommissars nahm in seiner gestrigen Sitzung folgende Entschließung an:

Der Ausschuß nimmt die Erklärungen des Staatskommissariats und des Reichsverkehrsministeriums zur Kenntnis, daß die Transporte, die den Bestimmungen des Gesetzes gemäß, von Unbefugten weder angehalten noch sonstwie kontrolliert werden dürfen. Er billigt das Vorgehen der Regierung im Interesse der Stärkung der Staatsautorität.

Der Antrag ist angenommen mit 8 gegen 6 Stimmen (gegen die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien.) Wie die Voss. Zeitung aus Regierungskreisen hört, ist das Kabinett entschlossen, auf Grund dieser Haltung der Regierungsparteien keinen weitere Zugeständnisse in der Waffenkontrollfrage zu machen und in den Anweisungen an die nachgeordneten Stellen des Reichsverkehrsministers keine Aenderungen eintreten zu lassen. Es hängt nun von der Haltung der Reichskontrollkommission ab, ob sie es auf die offene Machtprobe mit der Regierung ankommen lassen wird.

Die Steuervorrechte der Beamten.

* **Berlin,** 4. Sept. An zuständiger Stelle erfahren die P. P. N., daß der preußische Minister des Innern zugleich im Namen des preußischen Finanzministers auf eine Anfrage des Deutschen Städtetages erwidert hat, daß alle Steuervorrechte der Beamten durch das Reichseinkommensteuergesetz aufgehoben worden sind.

Die Reichskonferenz der Unabhängigen.

* **Berlin,** 4. Sept. Die Reichskonferenz der Unabhängigen nahm gestern mit den Schlußworten der Hauptberichterstatter ihr Ende. Die Wortführer der beiden Flügel machten selber kein Hehl daraus, daß eine Spaltung der Partei angesichts der, wie die ganze Verhandlung zeigte, unvereinbaren Gegensätze eintreten müsse. Dittmann erklärte, daß er mit Leuten wie Stöcker und Könen nicht mehr zusammenarbeiten werde, da die Uebereinstimmung in der Parteileitung wenigstens so weit gehen müsse, daß sie im entscheidenden Moment aktionsfähig sei. Die Genossen, die das Programm der Kommunistischen Partei anerkennen, möchten zu den Kommunisten gehen. Derselben Ansicht ist Däumig. Die Dinge zwängen jetzt zu einer klaren Entscheidung, und er für seine Person erkläre, daß er keiner Partei angehören könne, die den Anschluß an die dritte Internationale ablehne. Der Parteivorsitzende Crispien zog einen scharfen Trennungsstrich zwischen den marxistisch geschulten Sozialisten auf der einen und den kommunistischen, syndikalistischen, anarchistischen Revolutionsromantikern auf der anderen Seite. Bis zum kommenden Parteitag soll, dem Schlußwort der präsidierenden Genossin Zietz gemäß, im Lande die „Aufklärung" der Massen betrieben werden.

Das Ende des Generalstreiks.

* **Stuttgart,** 4 Sept. Eine Betriebsrätevertammlung hat heute nachmittag die Abmachungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Beendigung des Streiks mit überwältigender Mehrheit genehmigt. Die Arbeit wird nun am Montag früh aufgenommen. Damit ist der Generalstreik nach zehntägiger Dauer beendet. Die Zeitungen arbeiteten schon am vorigen Sonntag, und werden ihre erste Nummer am Montag früh ausgeben. Die Daimler-Werke haben sich trotz aller Bemühungen der Regierung den Abmachungen nicht angeschlossen. Sie bleiben vorerst geschlossen. Die Gewerkschaften setzen die Verhandlungen mit ihnen fort.

Wieder ein Millionenraub.

* **Stettin,** 3. Sept. Einbrecher haben in der vergangenen Nacht in dem Sicherheitsgewölbe des Verwaltungsgebäudes der Vulkanwerft mit Sauerstoffgebläse drei eiserne Türen zerstört und aus dem Gewölbe über anderthalb Millionen Mark geraubt, die heute zur Lohnzahlung dienen sollten.

Ita. **Frankfurt,** 3. Sept. In den letzten Nächten überfielen Eisenbahnräuber zwischen Bonames und Frankfurt am Westbahnhof den von Gießen kommenden Eilzug, indem sie während der Fahrt unbemerkt aufsprangen und die Wagen beraubten. Gestohlen wurden in der Hauptsache Zigaretten, die von den Dieben auf dem Heuboden des Metzgers Lilien in Hausen versteckt wurden. Der von der Polizei seit langer Zeit gesuchte Fuhrmann Wilhelm Thonius aus Praunheim hatte das Gut dorthin gebracht. Bis jetzt sind vier Beteiligte in Haft genommen, weitere Verhaftungen stehen bevor.

* **Amsterdam,** 3. Sept. Algemeen Handelsblad meldet aus Oldenzaal: Das Postflugzeug Amsterdam-Hamburg wurde beim Niedergehen auf dem hiesigen Flugplatz schwer beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden. Die Postsachen wurden per D-Zug nach Deutschland weiter befördert.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute Abend 9¼ Uhr meinen innigstgeliebten Gatten, unseren treusorgenden Vater, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, den wohlachtbaren Herrn

Peter Ippers,

Bäckermeister,

nach langer, mit grösster Geduld ertragener Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 40 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um ein stilles Gebet für den Verstorbenen bitten

Wwe. Peter Ippers nebst Kinder und die übrigen Verwandten.

Neuss, Köln und Kapellen-Wevelinghoven, den 3. September 1920.

Die feierlichen Exequien finden statt am Dienstag, den 7. Sept., morgens 8 Uhr in der Münsterkirche, das Begräbnis am selben Tage, morgens 11 Uhr, vom Sterbehause, Markt 34, aus.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Einladung erhalten haben, so wolle man diese als solche betrachten.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, Samstag abend 9½ Uhr nach längerem, mit grösster Geduld ertragenem Leiden, unsere liebe Tochter, Schwester, Nichte und Cousine

Maria

im 21. Lebensjahre, versehen mit den heil. Sterbesakramenten der römisch-kath. Kirche zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme und ein andächtiges Gebet für die teure Verstorbene bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Familie Theodor Linden.

Neuss, den 4. September 1920.

Das feierliche Seelenamt findet Mittwoch, den 8. September, morgens 9 Uhr in der Münsterkirche statt, anschliessend daran um 10 Uhr die Beerdigung vom Sterbehause Hammtorstrasse 25.

Hochbetagt verschied heute auf seinem Gute Bergerhof der ehemalige langjährige

Gemeindevorsteher,

Herr Gutsbesitzer

Franz Schmitz

Mit ihm ist ein ganzer aufrechter Mann dahingegangen, dessen verdienstvolles und erfolgreiches Wirken für seine Heimat-Gemeinde unvergessen bleiben wird.

Widdeshoven, den 31. Aug. 1920.

Im Namen der Gemeinde-Vertretung von Broich.
Der kommissar. Bürgermeister:
Schmitz.

M.-G.-V. „Eintracht".
Dienstag morg. 10 Uhr **Beerdigung** unseres verstorbenen Mitgliedes Hrn.
Willy Hoppe.
Zu zahlr. Beteiligung ladet freundlichst ein
Der Vorstand.
Heute Abend 9½ Uhr **Probe** bei Neckenich.

Hypothekenkapital, Nachweis von Teilhabern, Finanzierungen. Max Mehmer, Düsseldorf-Oberkassel, Oberforstr. 92. Fernr. 8117

Haus
Hühngasse 21 mit Toreinf., gr. Werkstätte, Hofraum u. Schuppen ist unter der Hand zu kaufen durch
Adam Schwarz, Neuß,
Auktions- u. Comm.-Geschäft, Kapitelstr. 27, Tel. Nr. 471.

Haus
(beziehbar) v. Selbstreflektanten per bald zu kaufen gesucht. Offerten unt. N 751 an die Exped.

Solides Ehepaar sucht per 1. Okt. in best. Hause 1 od. 2 Zimmer m. Küche. Gefl. Zuschriften erbeten unter N 1585 an die Exp. dieser Zeitung.

Besseres, modern einger.
Einfamilienhaus
mit grossem Obst- und Gemüsegarten od. 3—4 Morgen gutes Land in besserer Lage in Grevenbroich od. Umgebung als Baustelle zu kaufen gesucht.
Angebote unter A. B. 83 an die Geschäftsst. M. Ittel, Grevenbroich.

Haus
mit Garten u. Stallung in Neuß oder Norf gesucht.
Off. m. Preisang. unt. A. 1586 an die Exped.

Belgisches junges Ehep. ohne Kinder sucht p. sofort oder Ende September
3—4 hübsch möbliertes Zimmer
in nur besserem Hause. Event. werden Möb. selbst gestellt. Offerten erbeten unt. J 1584 an die Exped.

Bess. Famil. 3 Pers. sucht in gut. Hause pass. möbl. **Wohnung** Neuß-Hergut oder Oberkassel. Off. unter G 1583 an die Exped. dieser Ztg.

Folgende Zuschrift des Herrn Stadtkommandanten bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis:

„Ich habe die Ehre daran zu erinnern, daß der Verkehr den Schienen entlang jeder Zivilperson, welche nicht zur Eisenbahnverwaltung gehört, untersagt ist. Weiterhin untersage ich jeden Verkehr — dieses findet auf Militär der Besatzungsbehörde keine Anwendung — von Einbruch der Dunkelheit an bis zur Morgendämmerung, auf allen Wegen und Fußgängen, welche den Bahnkörper kreuzen, von der Hammer Brücke bis 650 Meter westlich des Rheins."

Der Kommandant des Kantonnements: Sougdorf.

Neuß, den 6. September 1920.

Die Polizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeister. J. V.: Klein.

Bekanntmachung.

Der Fähr- und Personenverkehr Neuß-Düsseldorf-Hamm und der Dampfbootsbetrieb Oberkassel-Düsseldorf ist vom 5. ds. Mts. ab wieder gestattet und zwar unter folgenden Bedingungen:

1. Die Passanten müssen mit Personalausweis versehen sein;
2. Die Fahrzeuge dürfen zwischen Sonnenuntergang und -Aufgang nicht verkehren und müssen sich während dieser Zeit am linken Rheinufer befinden.

Neuß, den 4. September 1920.

Die Polizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeister. J. V.: Klein.

Stadtverordneten-Sitzung

im Rathause
am Dienstag, den 7. September 1920, nachm. 5 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Einführung des Herrn Stadtverordneten Busch.
2. Wahl zum Provinzial-Landtag.
3. Beitritt der Stadt Neuß zum Verkehrsverband für das besetzte linksrheinische Gebiet.
4. Uebernahme von Obligationen des N. W. E.
5. Pflasterkosten-Beitragserhebung Münsterplatz.
6. Herstellung des Schmutzwasserkanals in je einem Teil der Rheydterstraße und des Eichenweges.
7. Verlegung der Gas- und Wasserleitungen in der Yorkstraße.
8. Festsetzung der Straßenbaukosten für einen Teil der Bilbericherstraße.
9. Herstellung des Plattenbelags vor dem Hause Dreikönigenstraße 16.
10. Uebernahme von Straßengelände an der Gladbacherstraße.
11. Bewilligung eines Nachkredits für die Krankenküche.
12. Erhöhung des städtischen Zuschusses zum chemischen Untersuchungsamt des Land- und Stadtkreises.
13. Aenderung des Straßenbahntarifs.
14. Ortsstatut für die Gärtnerfachschule.
15. Schaffung einer weiteren hauptamtlichen Stelle an der gewerblichen Fortbildungsschule.
16. Antrag der Kraftverkehrsgesellschaft m. b. H. Rheinland auf Erhöhung der Geldmittel.
17. Neuausgabe von Notgeld.
18. Neuwahl des Demobilmachungsausschusses.
19. Kommissions-Ersatzwahlen.
20. Festsetzung von Mietpreisen für das Haus Dreikönigenstraße 16.
21. Verpachtung von Grundstücken.
22. Verkauf eines Grundstückes.
23. Anstellung von Beamten.

Neuß, den 3. September 1920.

Der Oberbürgermeister: Vielen.

Bekanntmachung.

Annahme von Wertpapieren zur Zahlung des Reichsnotopfers.

Gemäß Erlasses des Reichsfinanzministers sind für den Bezirk des Finanzamtes Neuß als Annahmestellen für Wertpapiere zur Entrichtung des Reichsnotopfers bestellt:

1. Städt. Sparkasse Neuß.
2. Sparkasse des Landkreises Neuß.
3. Gemeindesparkasse Büttgen.
4. Hauptzollamt Neuß.
5. Die Oberfinanzkasse in Düsseldorf.

Neuß, den 28. August 1920.

Finanz-Amt Neuß.

Bekanntmachung.

Zum Schutze der Saaten, der Feld- und Gartenfrüchte bedarf es einer besonders tatkräftigen Vertilgung der Krähen und Sperlinge. Es werden daher hierfür folgende Prämien zugebilligt:

für eine ausgewachsene alte Krähe	1,00 Mk.
für eine junge Krähe	0,50 Mk.
für ein Krähenei	0,10 Mk.
für einen Sperling	0,20 Mk.
für ein Sperlingsei	0,10 Mk.

Außerdem werden für die Vertilgung von Krähenkolonien durch besondere Maßnahmen höhere Vergütungen von Fall zu Fall bewilligt.

Indem ich dies bekannt gebe, fordere ich die Kreiseingesessenen hiermit auf, sich die Vertilgung der Krähen und Sperlinge angelegen sein zu lassen. Die erlegten Tiere und die angesammelten Eier sind an die Ortsbehörden zwecks Empfangnahme der Prämien abzuliefern.

Neuß, den 1. September 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Frhr. v. Lüninck, Landrat.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) wird folgendes verordnet:

§ 1.

Die nachstehend aufgeführten für den Umfang der Stadtgemeinde Wevelinghoven erlassenen Lokal-Polizei-Verordnungen werden hiermit aufgehoben:

1. Lokal-Polizei-Verordnung vom 6. Oktober 1877 betreffend das Fahren, Reiten und Treiben von Vieh über öffentliche nur für Fußgänger bestimmte Fußpfade und Gäßchen.
2. Lokal-Polizei-Verordnung vom 9. Dezember 1878 betreffend das Befahren des durch das Gemeindebroich nach Rottshausen führenden Weges.
3. Lokal-Polizei-Verordnung vom 5. November 1883 betreffend Ausschließung des vom Zehntwege nach Barrenstein führenden Weges für fremdes Fuhrwerk.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Wevelinghoven, den 3. September 1920.

Die Polizeiverwaltung.
Der Bürgermeister: Knaben.




20 hochtragende Ia. Kühe sowie Ia. Arbeitsochsen

stehen von Montag ab zum Verkauf bei

Benny Vasen,
Hülchrath bei Neuß,
Telefon 82, Hauptstraße 83.

Für Rheinfeld bei Dormagen
Person zum Zeitungtragen gesucht.
Meldungen erbeten an die Zeitungs-Botin
Frau Pesch, Dormagen.

Bücher-Einrichtung, Prüfung, Abschluß, Steuer, Bilanz
A. Schillings, Neuß, Hammtorwall 23.
perzid. Bücherrevisor.

Zu kauf. gesucht klein. **Haus** mit Garten Neuß, Heerdt od. Oberk., wo w. 3—4 Zim. frei sind. Off. u. O 1583 an die Exped.

Cementhohlstein-Former
gesucht für unser Cementhohlsteinwerk in Norf. Es wollen sich nur geübte fleißige Cementarbeiter meld. a. Werk i. Norf a. Bahnh.
Heinr. Wingerath u. Cie., Bauunternehmung, Köln/Rh.

Tüchtige Maurer
gesucht. Jakob Bars, Baugeschäft, Neuß.

Stenotypistin gesucht. Verlangt wird perfekt. Maschinenschreiben, mögl. auch Stenographieren. Nur solche Bewerberinnen, die vorstehenden Anforderung. entsprechen, wollen sich schriftlich melden an Chemische Fabrik Niederrh. G. m. b. H., Neuß.

Costumes.
Tüchtige Taillenarbeiterin gegen hohen Lohn per sofort gesucht.
Off. u. O 1566 an die Exped. dieser Zeitung.

Für die Stadt
Grevenbroich
suchen wir baldigst eine zuverlässige Person zum Austragen der Zeitung.
Meldungen in der Gesch.-Stelle M. Ittel, Grevenbroich erbeten.

Küchen- und Zweitmädchen
mit guten Zeugnissen versehen, in best. Haush. ges. Zu melden
Neuß, Königstraße 60.

Suche zum 1. Okt. für meinen Gutshaushalt ohne Leutekehöftig. ein zuverl. **Küchenmädchen.**
Frau Therese Finger, Haus Lindert, Fürth bei Grevenbroich.

Suche zum sof. Eintritt ein fleißiges, zuverlässiges **Mädchen.** Gute Behandl. ist zugesichert.
Frau Chr. Bremer, i. Neurath, Kr. Grevenbr., Kirchstr. 89.

Suche tüchtiges
Mädchen
in allen Hausarbeiten erfahren. Guter Lohn und gute Behandlung.
Frau Wilh. Kraus, Neuß, Parkstraße 18.

Ein zuverlässiges
Mädchen
für alle Hausarbeit zum baldigen Eintritt gesucht.
Zumbaum, Stürzelberg, Post Zons, St. Peter.

Wegen Heirat meines jet. Mädchens, welches 8 Jahre bei mir ist, suche ich wieder älter, braves, kath., in Küche und Hausarbeit selbständiges
Mädchen
oder einf. Fräulein.
Frau Carl Peters, Crefeld, Ostwall 26a, Hauptbahnh.
Zu melden Neuß, Crefelderstraße 31 (Filiale).

Aeltere Person sucht leichte Stelle gegen kleine Vergütung.
Zu erfr. in der Exped.

Suche sofort für auf Land ein unabh. Mädchen od. Witwe im Alter v. 30 bis 40 Jahren zur Führ. meines frauenl. Haush., eventuell spätere
Heirat.
Gefl. Angeb. sind u. B. 1577 an die Exp. zu richt.

Für kaufmännische Bureaus und Fabrik-Betriebe

ist die beste Bezugsquelle für Drucksachen jeder Art die mit reichhaltigem Schriftmaterial und modernen Maschinen ausgerüstete Buchdruckerei der

Neuss - Grevenbroicher Zeitung,
Niederstr. 46 — Neuss — Fernspr. 53.

Süddeutsche und Rheinische Möbelindustrie
Neuss, Promenadenstrasse 75—77,
empfiehlt zu mässigen Preissen:
Speise- Herren- Schlaf- Küchen } Zimmer in moderner gediegenster Ausführung

---

Trauer
-Drucksachen wie Totenzettel
Trauerbriefe, Dank-Karten
liefert innerhalb kürzester Frist die Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuss a. Rh.
Niederstrasse 46.

Sämtliche Oele und Fette
für Industrie und Landwirtschaft liefern
Winkopp & Gebhardt,
Neuß, Drususplatz 64. Telephon 975.

Gemüseanbau- u. Verwertungs-Genossenschaft Büttgen.
In den allerersten Tagen treffen wieder mehrere Ladungen
Kalkstickstoff
ein und bitten wir unsere Mitglieder dringend den Bedarf umgehend auf unserem Büro anmelden zu wollen.

Raps
wird noch gegen Rüböl umgetauscht.
Rhenania G. m. b. H., Wevelinghoven.

Wenig gebrauchte
Zimmermann'sche Drillmaschine,
System verstellbarer Löffel, 2 Meter, 12 Reihen, sehr billig abzugeben.
Hermann Keil, Maschinenfabrik, Neuß, Markt 42.

Schmidt'sche Waschmaschinen,
Eichenholz, gebe solange Vorrat reicht, zu billigen Preisen ab.
Hermann Keil, Maschinenfabrik, Neuß, Markt 42.

5jähr. Ardenn.-Stute, Wagen- und Ackerpferd, durchaus reell, weil hochtragend, zu verkaufen.
Josef Buich, Kaarst-Dorf

Ein schwerer zugfester Arbeitsochse und 1 deckfäh. Ziegenbock zu verkaufen.
Broich b. Gohr Nr. 17.

Eine Stiften-Dreschmaschine
u. ein Wagen mit 30 Ztr. Tragkraft zu verk. Conr. Grancath, Evinghoven.

Gelegenheitskauf!
2 prachtv. Pelzmosaikdecken f. Chaiselongues und Auto, ganz neu, sowie 2 Pelzgarnituren (Stl) und ein echter Maulwurfspelz, alles ganz neu, spottbillig zu verkaufen.
Paulsen, Oberkassel, Barmerstr. 23.
Besichtigung nur morg. bis 9 Uhr.

Schwarzer
Damen-Velour-Hut
billig zu verkaufen.
Petermeier, Büttgerst. 61 I.

Nebenverdienst.
Bis 1000 M. mtl. bequem zu Hause. Tägl. 2 Std. schriftl. Arb. Auch f. Dam. Anf. g. Einl. von M. 2.— u. Freiumschl. L. Warnke, Essen 38, Postfach 123.

Rundschreiben
in
Schreibmaschinenschrift
fertigt schnellstens
Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß,
Niederstraße 46.

Großer Tiefbauherd
und fast neuer Ulster zu verkaufen.
Tückingstraße 4, I.

Bayschule Rakete in Oldenburg. Meister- und Vollerkurse. Eintritt: Aug., Okt. u. Jan. Ausführl. Progr. M. 2.—.

Vereinskalender.

Die Angaben für den Vereinskalender müssen **bis spätestens 5 Uhr abends** in der Geschäftsstelle aufgeliefert sein.

Gesangchor der Heimarbeiterinnen. Montag abend 8 Uhr: Gesangstunde bei Frau Broix.
Kevelaer-Gesangchor. Heute 8 Uhr: Probe in der Münsterkirche für alle Damen und Herren.
St. Matthias-Bruderschaft. Dienstag morgen 10 Uhr Beerdigung des Mitbruders Wilhelm Hoppe, wozu frdl. eingeladen wird. Sterbehaus: Niederstraße. — Dienstag morgen 11 Uhr Beerdigung des Mitbruders Peter Ippers, wozu frdl. eingeladen wird. Sterbehaus: Markt.
Männer-Sodalität. Dienstag morgen ½10 Uhr: Beerdigung unseres Mitgliedes Wilh. Karl Hoppe (Sterbehaus (Niederstr. 67), wozu alle Mitglieder freundlichst eingeladen sind.
Jünglingskongregation St. Marien. Theaterabteilung. Montag abend 7½ Uhr: Probe. Es darf keiner fehlen.

Versammlungskalender der Christlichen Gewerkschaften.

Kartell der christlichen Gewerkschaften Neuß. Die Reichsware ist eingetroffen und gelangt in den bekannten Stellen zum Verkauf. Die Sachen sind gut und preiswert. Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftler, benutzt die Gelegenheit zum billigen Einkauf.
Um 7 Uhr auf dem Büro: Vorstandssitzung und Sitzung der sozialen Kommission.

Arbeiterinnen! Arbeiter!
Denkt an die Anmeldung zur Gewerbegerichtswahl. Wer heute nicht eingetragen ist, kann am Wahltage nicht wählen. Versäume niemand den Schlußtermin zur Anmeldung.

Ausstellung von Hunden aller Rassen.
— Pfostenschau —
Sonntag, den 12. September 1920 in Krefeld, Blumental, Moerserstr. 69,
veranstaltet vom **Verein der Hundefreunde und Jäger Krefeld** (E. V.) gegr. 1903.
— Anerkannte Preisrichter. —
Ehrenpreise, Zucht- und Kollektionspreise.
Beginn der Vorführung 10½ Uhr vormittags.
Programms durch die Geschäftsstelle Krefeld, Hubertusstrasse 51.

Billig! **Achtung!** Billig!
Eine neue große Partie Ia. Kernseife wieder eingetroffen. 200 Gramm Doppelstück nur M. 5.—
Wiederverkäufer erhalten bedeutende Preisermäßigung.
Lebensmittel-Zentrale
Karl Schütt,
Neuß, Markt 15, Tel. Nr. 780.
Großhandelserlaubnis fürs ganze Reichsgebiet.

2000 Mk. Belohnung
sichere ich dem zu, der mir die in der Nacht von Freitag auf Samstag bei mir in der Wohnung gestohlenen Teppiche sowie diverse Silbersachen zurückverschafft, oder auch nur die Täter soweit namhaft macht, daß ich dieselben gerichtlich belangen kann. Strengste Verschwiegenheit zugesichert.
Alexander Müller, Drususstraße 21.

Alle gangbaren Sorten **Düten, Packpapiere, Seidenpapiere, Einschlagpapiere, Pergamentersatz,** sowie **echtes Pergament** empfiehlt
Jos. Heckhausen,
Tel. 716, Cölnerstr. 5.

Verein der Sportfreunde Neuß, E. V.
Dienstag, den 7. 9. 20, abends 8½ Uhr, im Hofe Pelzer:
Monatsversammlung
Versammlung der Damen 8 Uhr.
Der Vorstand.

Pensionärversammlung
7. Sept. 4 Uhr b. Hermkes

Kaufe zu höchst. Preisen
Alt-Gold, -Silber, -Platin
ausl. Gold- u. Silb.-Münz.
jede Menge, künstl. Zähne
Nießen,
Edelmetallschmelze,
Kanalstr. 61, I. Tel. 577.

Zurückgekehrt
Dr. Niemeyer
Med.-Rat.

Sofas
beste Verarbeitung, versch. Ausführung, in all. Stoffen zu bedeutend herabgesetzten Preis. stets vorrätig.
Matratzen
Aufpolstern haltbar und billigst.
G. Rennett, Neuß
Mühlenstr. 26.

Schirme
werden fachmännisch und sofort repariert.
Hans Laues,
Büttgerstraße 16, part.

Strickwolle!

Ia. reinwollene, grau und schwarz, 1 Strg. 100 Gt.	zu M.	15.00 16.50 17.50 23.00 24.50

Ad. Broichhausen,
Hindenburgplatz, Ecke Tückingstraße.

Praxis wieder aufgenommen.
Zahnarzt
Zumbült.

Piano
Stimmen, Reparieren.
Mauelshagen,
Niederstr. 39, Tel. 1127.

Konserv. geb. Klavierlehrerin aus Düsseldorf, a. Lyceum der Ursul. unterrichtend, nimmt n. einige Schüler an. Offerten unt. M. 1567 an die Exped.

Starkes Fahrrad
mit gut. Bereif. billig zu verkaufen. Krurstr. 27.

Billige Kleider
Das neue Favorit-Moden-Album und die vorzügl. Favorit-Schnitte verhelfen dazu! Zu haben bei
Hubert Honecker.

Asche
kann abgefahren werden
N. Simons,
Walzenmühlen.

Hohe Belohnung, wer jung. Ehepaar baldmöglichst eine Wohnung Küche, 1 Zimm. besorgt. Offerten unter K 1585 an die Exped. d. Ztg.

Jagdhund
drahthaarig, mit Kette u. Halsband, entlaufen. Abzubringer gute Belohn.
Königshof, Kaarst.

Freitag morgen großes graues
Umschlagtuch
verloren. Gegen Belohn. abzugeben
Karellen, Friedrichstr. 15.